



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No 16  
11. Jahrgang

25. August 1943

Unterirdisches Europa (ITF) Radio Paris bedauert: "Nicht nur Armeen kaempfen. In ganz Europa... wird ein wilder unterirdischer Kampf ausgetragen und gelegentlich erhellt eine soziale oder politische Erhebung die Szene. Alle europaeischen Staaten haben sich jetzt an der inneren Front zu verteidigen". (6.VIII.)

Die Herren der elften Stunde (ITF) "Libération", das "Organ der vereinten Widerstandsbewegungen" Frankreichs, schreibt: "Jetzt wollen Gross-industrielle, grosse Bankiers, Generäle... und hohe Beamte... sich der Widerstandsbewegung anschliessen. Sie empfehlen, jetzt ihren Anweisungen zu folgen... Aber das Volk hat gesehen, dass seine Generäle nicht Krieg fuehren konnten, dass seine Industriellen sich an deutsche Konzerne verkauften und dass seine Beamten, die in der Republik gross wurden, sich in den Faschismus stuerzten. Das Volk hat den Bankrott dieser Elite gesehen und deshalb erwarten wir ein bisschen Bescheidenheit". (Fuer die Red.: nach dem "St. Galler Tagblatt" vom 9.VIII.43.)

5 Millionen auslaendische Arbeiter in Deutschland (ITF) Ein neuer Berliner Propagandaschwindel ist geplatzt. Berliner Propagandastellen erklaren Deutschland und der Welt, dass die deutsche Kriegsproduktion nicht von der der Vereinten Nationen geschlagen werden koenne. Sie stuetzten diese Behauptung seit Anfang Juli mit der Angabe, dass heute in Deutschland 12 Millionen auslaendische Arbeiter und Kriegsgefangene in Industrie und Landwirtschaft arbeiteten. Die durch Einziehung deutscher Arbeiter gerissenen Luecken seien damit reichlich gefuehrt worden. - Im Oktober hat Goering bescheiden nur von 11 Millionen gesprochen...

Dieser Schwindel wurde selbst der "Frankfurter Zeitung" zu toll. Sie teilte (am 29.V.) mit, dass im "engeren Reichsgebiet", das heisst in Deutschland, Oesterreich, Sudetengebiet, Luxemburg und Elsass,  $6\frac{1}{2}$  Millionen auslaendische Arbeiter und Kriegsgefangene arbeiten. Wenn man annimmt, dass nach der Ueberfuehrung von 250.000 franzoesischen Kriegsgefangenen in Zwangsarbeitslager die Zahl der im Reichsgebiet arbeitenden Kriegsgefangenen, wie bei Jahresbeginn, um  $1\frac{1}{2}$  Millionen liegt, kommt man auf 5 Millionen auslaendische Zwangsarbeiter in Deutschland. Seit Jahresbeginn hat sich deren Zahl also nicht nennenswert veraendert - die deutsche Wirtschaft war bereits an ihre Aufnahmegrenze gelangt. (Fuer die Red.: vgl. unseren Bericht auf S. 1 vom 27.1.43.)

Hitler will keine Ausgebombten sehen (ITF) Dr. Ley hat in seiner Eigenschaft als Reichswohnungskommissar angeordnet, dass keine Auswaertigen in den Bezirk Berchtesgaden-Salzburg ziehen duerfen. Bei Berchtesgaden hat Hitler seinen Landsitz und Hitler will - genau wie einst Mussolini - keine Opfer des von ihm verschuldeten Bombenkrieges sehen. (Fuer die Red.: "Muenchner Neueste Nachrichten", 1.VIII.43.)

Bomben, Bonzen, Arbeiter (ITF) Die Fuehrer der deutschen Nazipartei haben sich seit 1936 in ihren Villen und Landsitzen bomben- und gassichere Luftschutzkeller gebaut. Fuer Schutz der Arbeiter aber haben sie bei ihren Kriegsvorbereitungen nur unzureichend gesorgt. Aus Hamburg berichtet der Berliner Korrespondent der "Svenska Morgenposten" (13.VIII), dass in einigen Arbeitervierteln der Stadt, z.B. in Hammerbrook, ueberhaupt keine Luftschutzkeller zur Verfuegung standen und dass in anderen Stadtteilen errichtete oeffentliche Luftschutzbauten nicht gegen Hitzeeinwirkungen isoliert waren, sodass die Insassen mitten im Bombardement aus dem "Volksluftschutzkeller" fliehen mussten.

Flucht vor Bomben (ITF) Nach dem intensiven Bombardement Hamburgs in den letzten Juli- und ersten Augusttagen haben viele Arbeiter kurzerhand die schwer mitgenommene Stadt verlassen. In den Zeitungen der Nachbarprovinzen wurden (Anfang August) Hamburger Eisenbahner, Strassenbahner, Moebeltransportarbeiter, Post- und Verwaltungsbeamte und Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitaetswerke aufgefordert, sofort nach Hamburg zurueckzukehren und sich zur Arbeit zu melden.

6000 der im Hamburger Gebiet beschaeftigten daenischen Arbeiter sind auf Aufforderung der daenischen Regierung in ihre Heimat zurueckgekehrt. Ihnen wurden als vorlaeufige Entschaedigung fuer den Verlust ihrer Habe durch Bomben und Brand von den deutschen Behoerden ganze 100 Kronen ausbezahlt. Die daenische Regierung musste eine Unterstuetzungsaktion einleiten.

Solidaritaet

(ITF) In Prag wurde (am 1.VII.) F. Černý hingerichtet. Der einzige Vorwurf, den die Nazirichter ihm machten, war: er hatte Juden geholfen, die in Prag illegal lebten, um nicht deportiert zu werden.

Ein in Belgien arbeitender polnischer Bergarbeiter, der russischen Kriegsgefangenen zur Flucht verholfen hatte, wurde (Ende Juli) vom deutschen Militaergericht in Luettich zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde nach Deutschland gesandt.

In Bremen gab die Polizei (Ende Juli) die Verhaftung eines Mitglieds der Naziapartei bekannt. Der Verhaftete hatte in der Strassenbahn die Fahrgaeste aufgefordert, eine auslaendische Arbeiterin gegen die Polizei in Schutz zu nehmen.

Ein hollaendischer Polizist

(ITF) Das "Nationaal Dagblad" berichtet (am 2.VII.) ausfuehrlich ueber einen Sabotageprozess und teilt u.a. mit, dass der zum

Tode. verurteilte Polizist Cornelis Roos 2 der beim Ueberfall auf das Amsterdamer Einwohnermeldeamt Beteiligte eine Nacht in seiner Wohnung beherbergte und ihnen den offiziellen Polizeibericht ueber ihre Tat zeigte.

Gefaengnis in der Tarifordnung

(ITF) Tausende im deutschen oeffentlichen Dienst stehende Arbeiter sind auf militaerische Baustellen in den besetzten

Gebieten gesandt worden. Viele dieser Arbeiter wehrten sich gegen die Antreiberei und wurden deshalb auf kuerzere oder laengere Zeit eingesperrt. So viele wurden eingesperrt, dass die neue "Tarifordnung fuer die zur (Pionier-)Organisation Todt abgeordneten reichsdeutschen Arbeiter des oeffentlichen Dienstes" (vom 20.IV.) einen besonderen Haftparagrafen enthaelt: "Bei Arbeitsversaemmis infolge Inhaftierung (z.B. Arrest, Untersuchungshaft, Verbueessung einer Freiheitsstrafe) ist fuer jeden Tag, mit Ausnahme der Sonntage, ein Sechstel des Pauschalwochenlohnes abzuziehen". (Par. 4, Absatz 6.)

Lohnbewegung auslaendischer

(ITF) Auf vielen deutschen Baustellen arbeiten auslaendische Zwangsarbeiter verschiedenster Berufe. Sie arbeiten

Zwangsarbeiter hatten, weil Unterernaehrung sie schwaechte oder weil sie arbeitsunwillig sind und deshalb nur soviel tun, dass sie nicht mit der SS-Wache in Konflikt geraten. Der neue deutsche Bauarbeitertarif soll sie durch Einfuehrung des Kolonnenlohnes zu groesserer Anstrengung zwingen. Die Arbeitskolonne erhaelt nach diesem Tarif einen Kollektivlohn, der unter den Arbeitern der Kolonne aufgeteilt wird. Die Baustellenleitung stellt eine Normalleistung fest und bestimmt, welche Arbeiter den Normalanteil, welche Arbeiter wegen schlechter Arbeit einen geringeren oder wegen guter Arbeit einen hoeheren Anteil erhalten. Diese vom Unternehmer willkuerlich festgesetzte Lohnbeteiligung fuehrt natuerlich zu Unzufriedenheit auf den Baustellen und haeufig haben deshalb Baustellenleiter allen Arbeitern gleiche Lohnanteile zuerkannt.

Hitlers Generalantreiber Sauckel hat das durch Erlass vom 5.VI. verboten und Lohnkuerzung fuer alle auslaendischen und deutschen Arbeiter vorgeschrieben, die die festgesetzte Volleistung nicht erreichen. Von der Deutschen Arbeitsfront ausgewahlte Zeitnehmer besuchen jetzt viele Baustellen und pruefen, ob diese Antreiberverordnung eingehalten wird.

Einer von 5 Millionen

(ITF) Die Wiener Justizpressestelle teilt mit: Der in Oesterreich beschaeftigte tschechische Arbeiter F. Sýkora wurde festgenommen,

als er den Treibriemen einer gerade neumontierten Maschie, in 21 Stuecke zerschnitten, aus dem Werk schmuggeln wollte. Die Maschine konnte, bis ein neuer Treibriemen beschafft worden war, und das dauerte mehrere Tage, nicht benutzt werden. - Der Saboteur wurde abgeurteilt.

Hungrige Zwangsarbeiter

(ITF) Fuer 50 g Tabak wird in deutschen Zwangsarbeiterlagern 10 RM gefordert und gegeben, berichtet das fuer hollaendische Arbeiter

herausgegebene Wochenblatt "Van Honk" (am 25.VI.). Die gluecklichen Tabakbesitzer tauschen diese Kostbarkeit aber auch gegen ein - Brot.

In Stuttgart wurden (Ende Juni) 12 Brotkartenhaendler zu Zuchthaus- und Geldstrafen verurteilt. Sie hatten gestohlene Brotkarten an auslaendische Arbeiter verkauft. Die Hungrigen zahlten bis zu 10 Mark fuer eine Brotkarte.

Hunger in Riga

(ITF) Die Stockholmer Zeitung "Aftontidningen" berichtet (am 13.VII.), dass in Riga folgende Wochenrationen gelten:

fuer	<u>Deutsche</u>	<u>Balten</u>	<u>Juden</u>
Brot.....	3500 g.....	1750 g.....	825 g
Butter.....	1350 ".....	200 ".....	100 "
Zucker.....	230 ".....	50 ".....	25 "
Kaese.....	100 ".....	-- .....	--
Fett.....	120 ".....	-- .....	--
Eier.....	3 St.....	-- .....	--

Deutsche Soldaten verkaufen auf den Strassen Lebensmittel und Zigaretten. Fuer ein Paket mit 20 Zigaretten werden 9 RM, fuer ein kg Butter wird 100 RM gefordert.

Droschkenkutscher fahren nicht fuer Geld, sondern nur fuer Zigaretten. Die Zigaretten tauschen sie gegen Lebensmittel und Pferdefutter.

Nahrung fuer Untergetauchte

(ITF) Belgier, die sich nicht bei den Arbeitsaemtern zur Deportation nach Deutschland stellen, muessen illegal ernaeht werden.

Die Lebensmittelkarten fuer sie werden von bewaffneten Gruppen besorgt. Das faschistische "Pays Réel", berichtet (am 8.VI.), dass am hellichten Tage in Flémalle-Grande nicht weniger als 100.000 Zusatzlebensmittelkarten, 650 Kartenbogen und 10.000 Milchkarten von 5 Bewaffneten

geraubt wurden; im Rathaus von Comblain-au-Pont haben Maskierte 15,000 Zusatzkarten geraubt; im Rathaus von Herstal wurden am selben Morgen 30.000 Zusatzkarten mitgenommen und schliesslich wurden einem Baecker in Plainevaux auf offener Strasse 1000 Brotkarten abgenommen.

Bankstreik in Griechenland

(ITF) Die Angestellten der griechischen Banken haben es sich nicht gefallen lassen, dass die ihnen nach den Maerzstreiks gemachten Zusagen gebrochen wurden. Der Finanzminister der Athener Quisling-Regierung hat (am 31.V.) saemtlichen Banken, mit Ausnahme der Staatsbank von Griechenland, ein Zirkular zugehen lassen, in dem er "aufgrund des andauernden Sitzstreiks der Bankangestellten" verfuegt: "Bis zum naechsten Freitag (1. Juni) muessen saemtliche Angestellten ihre normale Taetigkeit wieder aufnehmen und sich dazu schriftlich verpflichten. Widrigenfalls ersucht die Regierung die Leitungen der Banken, die Gehaltszahlungen und die Lebensmittelzulagen an die nichtarbeitenden Beamten einzustellen... Die Regierung lehnt es ab, mit den Vertretern der Angestellten zu verhandeln, solange der Streik andauert."

Gleichzeitig unterstellte die Regierung die Angestellten der Staatsbank von Griechenland und der Agrarbank dem Militaergesetz.

Eine Erklaerung des Quisling-Ministerpraesidenten Rallis, die in der Tagespresse vom 3. Juni veroeffentlicht wurde, zeigt, dass der Streik nach den oben angekuendigten Massnahmen verschaeft wurde und auf die drei zunaechst nicht streikenden Banken uebergriff (Staatsbank von Griechenlands, Agrarbank und Nationalbank).

Streiks in Daenemark

(ITF) 350 Arbeiter der Roerdal Zementwerke in Aalborg legten (am 9. VIII) die Arbeit nieder. Sie verlangten Entfernung der 27 Mann starken Betriebswache. Ein Mitglied der Betriebswache hatte einen Arbeiter grundlos angeschossen. In Vejle streiken "seit einigen Wochen" die Giesser der C.M. Hess-Werke. (Radio Kopenhagen, 11.VIII.43.)

Nazis setzen 100.000 RM Kopfpreis

(ITF) 100.000 RM hat der deutsche Militaerbefehlhaber in Beograd demjenigen versprochen, der ihm den Partisanenfuhrer Tito tot oder lebendig ausliefert, berichtet Transocean (22.VII.). Tito sei der Deckname des Metallarbeiters Josip Broz. Tito soll auch bei der Verteidigung von Madrid eine Rolle gespielt haben. J. Broz war fruher Schmied im Eisenbahnausbesserungswerk Zagreb.

Franzoesische Eisenbahner

(ITF) 7000 franzoesische Eisenbahner wurden bisher nach Deutschland deportiert, 19.000 befinden sich in deutscher Kriegsgefangenschaft. Manche Vichy-treue Beamte nutzen die Ohnmacht der unter Vichy-Kontrolle stehenden Eisenbahnergewerkschaft aus. In La Varenne wurde z.B. ein Eisenbahner von einem Vorgesetzten derart mit Fusstritten und Faustschlaegen bearbeitet, dass er 16 Tage arbeitsunfaehig war. Der Pruegelheld ging bei einer Untersuchung straffrei aus, sein Opfer wurde dienstlich versetzt.

In einer der Pariser Ausbesserungswerkstaetten erklarte der Betriebsarzt, dass einem Eisenbahner eine leichtere Arbeit zugewiesen werden muesse. Bei der allgemeinen Unterernaehrung geschieht das haeufiger. Der Betriebsleiter antwortete nur: "Die Anweisungen des Arztes gehen mich einen Dreck an. Hier befehle ich!"

Politische Streiks in Daenemark

(ITF) Die deutsche Besatzungsarmee hat von der daenischen Regierung verlangt, dass ihr kuenftig daenische Saboteure zur Aburteilung nach deutschem Recht ausgeliefert werden. Der schwedische Rundfunk berichtete (17.VIII.), dass die daenische Regierung am 9. August diese Forderung zurueckgewiesen habe. Politische Proteststreiks seien in vielen Teilen des Landes in der zweiten Augustwoche durchgefuehrt worden. (Ergaenzung siehe unten.)

In der Hafenstadt Esbjerg hatten schon einige Tage vorher Unruhen zur Verhaengung scharfer Massnahmen gefuehrt. Am 7. und 8. August ruhte die Arbeit in den meisten Betrieben. Demonstranten veranlassten die Schliessung vieler Laeden.

Die deutschen Behoerden haben ihre Forderung unter dem Druck der Massenempoeerung bis auf weiteres zurueckgestellt.

Gespraechen im Berliner Siemenswerk

(ITF) Seitdem die in den Berliner Siemenswerken beschaeftigten auslaendischen Arbeiter in Sprachkursen einiges gelernt haben, hat ein lebhaftes Diskutieren zwischen deutschen und auslaendischen Arbeitern eingesetzt. Die Erzaehlungen ueber das Vorgehen der deutschen Behoerden in den besetzten Gebieten loesen Entsetzen und Erbitterung aus. Die meisten Siemens-Arbeiter haben von diesen Dingen wenig gewusst. ( Bericht eines Ingenieurs aus einem neutralen Lande, Juli 1943.)

Furcht vor polnischer Sabotage

(ITF) Furcht vor Sabotage polnischer Landarbeiter und Bauern hat die deutsche Besatzungsarmee veranlasst, fuer die Zeit der Ernte ueber das polnische "Generalgouvernement" wie im Vorjahr den Belagerungszustand zu verhaengen.

Pariser Autobuschauffeure

arbeiten jetzt in Waeldern als Holzfaeller und Koehler fuer Holzgasautobusse, berichtet "Le Petit Journal" (am 2.VIII.). Nur 600 Autobusse fahren noch in Paris. - (ITF)

Polnische Eisenbahner

(ITF) Zwei Eisenbahner aus Kutno wurden von Nazirichtern in Wlodaewek (Anfang Juli) zum Tode verurteilt. Sie sollen Eisenbahnmateriale vernichtet haben. Drei weitere Eisenbahner wurden auf 5 Jahre. ins Zuchthaus gesperrt.

Politische Streiks in Daenemark

(ITF) "Die Ereignisse, die sich in Esbjerg am 10.VIII. abspielten, veranlassten Arbeiter zum Protest durch allgemeine Arbeitsniederlegung, die einheitlicher durchgefuehrt wurde als jeder bisherige Generalstreik", schrieb die Esbjergger Zeitung "Sydvestgylland".

"In Bueros, Laeden, Banken, Firmen verschiedenster Art, sta ischen Bueros, Postaemtern und Polizeibueros (!) wurde die Arbeit einheitlich niedergelegt". Streikabbruch (am 12.VIII) wurde erst beschlossen, als die Polizeimassnahmen gelockert wurden. - Auch in der Hafenstadt Odense beschlossen die Arbeiter erst nach teilweiser Aufhebung der polizeilichen Beschraenkungen (am 20.VIII). Abbruch des Proteststreiks. Lautsprecherautos und Flugblaetter der Gewerkschaften informierten die Arbeiter ueber den Verlauf der Verhandlungen.

Der daenische Gewerkschaftsbund erklarte in einem Aufruf zu den "Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Teilen des Landes", die Arbeiter sollten, wie seit Beginn der Besetzung, ruhig weiterarbeiten. (Radio Kopenhagen, 20.VIII.) Die Regierung verwies in einem Appell auf den "Ernst der Lage".

Daenische Eisenbahner (ITF) Mitte August hoerte endlich der Durchgangsverkehr deutscher Soldaten und deutschen Materials durch Schweden nach Norwegen auf. Das daenische Bahnnetz hat damit fuer die deutsche Armee stark an Bedeutung gewonnen. Die ueberlasteten daenischen Eisenbahner muessen jetzt auch waehrend Luftangriffen fahren. Die Eisenbahnergewerkschaft forderte auf einer Tagung ausreichende Schutzmassnahmen gegen Bomben und Entlastung durch Einstellung von Hilfspersonal. In dem Eisenbahnknotenpunkt Fredericia wird bereits mehr Hilfspersonal als staendiges Personal beschaeftigt.

Sabotageakte an den fuer Deutschlands Norwegenverbindungen wichtigsten Linien haben seit Juli zugenommen. Auf die deutsche Forderung, ertrappte Saboteure auszuliefern, haben die Eisenbahner besonders scharf reagiert.

Neue Terrorwelle in Norwegen (ITF) Die schwedische Regierung hat Mitte August die Erlaubnis, deutsche Heerestransporte ueber schwedische Eisenbahnen nach Norwegen gehen zu lassen, zurueckgezogen. Die Verkehrslage der deutschen Besatzungsmacht hat sich dadurch, besonders in Nordnorwegen, ausserordentlich erschwert. Durch Mobilisierung norwegischer Nazis und durch Verschaerfung des Terrors will Berlin der damit verbundenen politischen Schwierigkeiten Herr werden.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass Quisling sich nicht auf die Beamten verlassen kann. Bis zum Juli sollten z.B. die Arbeitsaemter 35.000 Norweger und Norwegerinnen den Deutschen zur Verfuegung stellen. Aber nur etwa 4000 konnten rekrutiert werden. Weder Arbeitsamtpersonal noch Polizei zeigten sich beim Zusammentreiben der Zwangsarbeiter uebereifrig.

Die Deutschen veranlassten deshalb zunaechst eine Reinigung der Polizei. Anfang August wurde ein Osloer Polizeiinspektor, der aus der Quisling-Partei ausgetreten war, verhaftet. Am 12.VIII. wurden bei einer Razzia in Oslo u.a. ein Polizeiinspektor und 2 Polizisten als Anti-Nazis verhaftet. Am 15.VIII. wurde Gunnar Eilifsen, Sektionschef der Osloer Polizei, von einem norwegischen Sondergericht zum Tode verurteilt und zwar auf Grund einer Verordnung, die erst am folgenden Tage, am Tage seiner Hinrichtung, veroeffentlicht wurde. Eilifsen, der 1941 aus der Quisling-Partei ausgetreten war, hatte sich am 11.VIII. geweigert, junge Norwegerinnen verhaften zu lassen, die sich einem Gestellungsbefehl des Arbeitsamts nicht fuegten. Am Morgen des Hinrichtungstages wurde die Osloer Polizei zu einem Appell zusammengerufen. Quislings Polizeiminister, Jonas Lie und der deutsche SS-General Rediess, verlangten sofortige Abgabe einer Loyalitaetserklaerung fuer Hitler und Quisling. Die Mehrzahl der Polizisten zoegerte, doch mit der Drohung weiterer Erschiessungen erreichte Lie die Abgabe der Erklaerung. (Schwedischer Rundfunk.)

Die am 16.VIII. veroeffentlichte Terrorverordnung, die von Quisling unterzeichnet ist, unterstellt alle Norweger dem Militaergesetz. Die verschiedenen militaerischen Organisationen der Quisling-Partei und die "Germanische SS" wurden offiziell zur Hilfspolizei gemacht und im ganzen Land wurden Quisling-Sondergerichte eingesetzt, gegen deren Spruch keine Berufung moeglich ist. Mit mindestens 10 Jahren oder mit dem Tode bestraft wird kuenftig jeder Versuch, militaerische Einrichtungen zu sabotieren, Antinazi-Propaganda unter deutschen Soldaten - die in letzter Zeit mit gutem Erfolg durchgefuehrt wurde - illegale Berichterstattung, falsche Auskunft an Behoerden - durch die die Arbeitsmobilisierung sabotiert wurde - und unwilliger Dienst von Beamten der Verwaltung, Eisenbahn, Post und Polizei.

Unter dem Schutz des Belagerungszustandes wurden norwegische Offiziere in deutsche Gefangenlager gebracht und das deutsche Arbeitsstrafrecht eingefuehrt, das den Unternehmern - deutschen und norwegischen - das Recht gibt, Strafgeelder bis zur Hoehe eines Tagelohnes abzuziehen. Der Quisling-Kommissar des norwegischen Gewerkschaftsbundes, Odd Fossum, bedrohte jede Kritik der Kommissare der einzelnen Verbaende mit Strafe,

(Fuer die Red.: vgl. "Faschismus", 14.VII. Das an die Maivorgaenge in Holland - "Faschismus" 19.V. - erinnernde Vorgehen laesst auf einen lang vorbereitete Plan der deutschen Behoerden schliessen.)

Italiens Arbeiterorganisationen (ITF) Die von der Badoglio-Regierung zu Kommissaren einiger faschistischer Arbeiterorganisationen ernannten Gewerkschafter haben erreicht, dass die amtliche italienische Nachrichtenagentur Stefani (am 15.VIII.) endlich die Erklaerung verbreitete, in der sie bei ihrer Ernennung von Badoglios Kriegspolitik und innerpolitischen Massnahmen abruckten. Es heisst in dieser Erklaerung: "Die von uns uebernommenen Pflichten sind rein gewerkschaftlicher Natur und bedeuten keinerlei politische Mitverantwortlichkeit. Wir nehmen die Ernennung im Interesse des Landes und der Mitglieder der Organisationen an, um, den Traditionen der alten Gewerkschaftsbewegung folgend, die Liquidierung der italienischen (einst faschistischen) Syndikate zu beschleunigen. Wir werden versuchen, die Mitglieder der Organisationen zu veranlassen, sobald wie moeglich ihre eigenen Fuehrer zu bestimmen". - Die bekanntesten der Unterzeichner sind Bruno Buozzi und Achille Grandi, ein linksstehender fruereherer Abgeordneter der katholischen Popolari-Partei, der jetzt Kommissar der Landarbeiterorganisation ist. - Bisher hat Badoglio keine Wahlen in Arbeiterorganisationen zugelassen.



Das illegale Europa  
erortert die Zukunft Deutschlands

Friedensziele norwegischer Gewerkschafter (ITF) Die bedeutende illegale norwegische Zeitschrift, "Freie Gewerkschaftsbewegung", veroeffentlicht in ihrer Ausgabe vom 10. Juli einen Artikel ueber 'Friedensziele', in dem es heisst: "Die Vereinten Nationen muessen aus Eigeninteresse und im Interesse des kuenftigen Friedens bereit sein, ein demokratisches Regierungssystem in Deutschland, in Italien und in den andern Diktaturstaaten zu foerdern.

Alle freien Organisationen sind (in Deutschland) zerstoert und die Jugend ist durch den Nazismus vergiftet. Das bildet zusammen mit den materiellen Wirkungen des Krieges und der Niederlage keine guenstige Grundlage fuer den Wiederaufbau der deutschen Demokratie. Trotzdem muss das Problem geloest werden und es kann nicht vom Ausland geloest werden. Durch geeignete Massnahmen sollte die demokratische Welt helfen, Deutschland sozial umzugestalten, mit dem Ziel, die demokratischen Kraefte zu staerken und ihre Feinde zu schlagen; die demokratische Welt hat ein Recht darauf, diesen Prozess wirksam zu kontrollieren. Dieser Plan setzt enge Zusammenarbeit mit deutschen Demokraten und Sympathie fuer deutsche demokratische Ueberlieferungen voraus.

Die deutsche Revolution - wie auch die Revolution in einer Anzahl anderer europaeischer Laender - wird durch den Zusammenbruch des Nazismus ausgelost werden und kann sich nicht auf die politische Sphaere beschaenken. Wenn der Nazismus geschlagen werden soll, muessen die wichtigstens sozialen Kraefte, die ihn gestuetzt haben, beseitigt werden: das verhaengnisvolle Buendnis zwischen Schwerindustrie, Junkern und Generaelen. Ihre wirtschaftliche Macht muss gebrochen werden. Die Arbeiterklasse wird ein wichtiger Faktor einer derartigen Umgestaltung sein und wird zweifellos versuchen, die Demokratie durch sozialistische Massnahmen zu staerken. Das waere auch der sicherste Weg, den gefaehrlichen Einfluss der Schwerindustrie und der Junker auf den Staat und die damit verbundene Kriegsgefahr zu beseitigen. Eine entsprechende Ausstrahlung der demokratischen Revolution in sozialistischer Richtung wird sehr wahrscheinlich auch in andern Laendern an der Tagesordnung sein.

Von grosser Bedeutung wird sein, ob die Hilfsquellen und militaerischen Kraefte der Siegerstaaten auf dem europaeischen Festland zur Unterstuetzung oder zur Behinderung einer derartigen Entwicklung benutzt werden. Die britische Arbeitspartei hat in ihrem Nachkriegsprogramm erklart, dass sie sich jedem Versuch der Sieger widersetzen wird, ihre militaerische und wirtschaftliche Macht dazu zu benutzen, die einzelnen Nationen an der Gestaltung ihrer Zukunft zu hindern, vorausgesetzt, dass die Voelker die 'vier Freiheiten' und ihre internationalen Konsequenzen anerkennen und respektieren. Wir teilen diese Ansicht.

Eine Intervention gegen demokratische Volksbewegungen und sozialistische Bewegungen waere nicht nur gegen den Geist der Atlantic Charter, sondern wuerde auch die Reaktion staerken".

Polens Arbeiter gegen Nazismus (ITF) "Freiheit", das illegale Blatt der polnischen Sozialisten, schreibt: "Eine der schwersten Kaempfe zwischen alter und 'neuer Ordnung' wird um die Zukunft internationaler Beziehungen ausgefochten werden. Die Saat des Hasses, der Gewalt und des Verbrechens, die unter der Nazi-Herrschaft ausgesaet wurde, wird rasch wachsen und versuchen, ganz Europa zu ueberwuchern und es in ein Dschungel eines Kampfes aller gegen alle zu wandeln. Der Wunsch nach Rache, der so berechtigt und verstaendlich ist, laesst uns heute die Faust in berechtigter Wut ballen. Aber er kann leicht in den Wunsch, andere Nationen zu beherrschen, umschlagen und so koennten nach der Niederlage des Nazismus gerade seine Methoden und Ideen triumphieren. Wir muessen deshalb die leidenschaftliche Forderung nach Rache zurueckdraengen und der Idee der Gerechtigkeit nachstreben. Die polnische Nation kaempft diesen Krieg nicht aus Rachedurst, sondern zur Sicherung ihrer Zukunft, die nur durch Verwirklichung ihrer gerechten Forderungen moeglich ist.

Polen ist eine Ebene ohne natuerliche Grenzen. Es ist eine Bruecke zwischen West und Ost, zwischen Nord und Sued. Unter diesen Umstaenden will es, dass internationale Beziehungen kuenftig nicht mehr auf brutaler Gewalt basieren. Es will nicht, dass seine besten Soehne, wie waehrend der letzten 150 Jahre, im Kampf gegen feindliche Heere, die das Land ueberfallen, sterben und es will nicht, dass seine Kulturdenkmaeler und sein wirtschaftlicher Reichtum zerstoert werden. Eine Organisation Europas auf einer neuen Grundlage der Zusammenarbeit, Sicherheit und Freiheit wuerde Polen neue und erstaunliche Moeglichkeiten zur Erfuellung seiner historischen Mission geben, die ihm seine geographische Lage, seine grossen Leistungen und die Jugend seines Volkes weisen. Wer immer versucht, Polen dazu zu ueberreden, Nazi-Methoden zu uebernehmen, wer immer versucht, diese Methoden nach dem Kriege gegen schwachere oder juengere Nationen anzuwenden, will praktisch Polen um die Fruedte des Sieges bringen. Das Ziel, fuer das wir kaempfen sollten, ist eine Gemeinschaft aller Nationen und die Zusammenarbeit aller Staaten der Welt".

Stimme aus Frankreich (ITF) Der "Populaire", das illegale Organ der franzoesischen Sozialistischen Partei, entwickelt (in seiner Juni-Nummer) Vorschlaege fuer den inneren Aufbau des neuen Frankreichs und schreibt dann ueber die internationalen Aufgaben. In Bezug auf Deutschland verwirft die Sozialistische Partei jede Idee eines Rachefriedens gegen das deutsche Volk. Aber sie ist sich darueber klar, dass der Nazismus, fuer dessen Entwicklung die Westmaechte eine grosse Verantwortung tragen, eine Generation junger Untiere geschaffen hat, die neu erzogen werden muessen. Deutschland muss die Folgen des Sieges der Demokratien spueren und erfahren, dass Ueberfall auf andere sich nicht lohnt. Die deutsche Militaermaschine muss zerstoert werden. Die Macht der Schwerindustrie muss gebrochen, die Gueter der Junker muessen sozialisiert werden, aber all dies muss erreicht werden, ohne dass Deutschland, dem das Recht auf Einheit nicht verweigert werden kann, aufgeteilt wird. Ein foederati-

ves System muss in Deutschland eingefuehrt werden, um die Herrschaft des preussischen Geistes zu verhindern, und Deutschlands politische Einrichtungen und oeffentliche Erziehung muss kontrolliert werden. Diese Reformen koennen nur in einer Welt durchgefuehrt werden, in der sozialistischer Einfluss vorherrscht und nur in enger und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit deutschen Demokraten. Die Zerstoerung der deutschen Militaermaschine muss der erste Schritt zu einer allgemeinen Ruestungsbeschraenkung sein. Die notwendigen Beschraenkungen der deutschen Souveranitaet werden wahrscheinlich zu Schwierigkeiten fuehren, die nur ueberwunden werden koennen, wenn die anderen Laender ebenfalls bereit sind, weitgehenden Beschraenkungen ihrer eigenen Souveranitaet zuzustimmen.

Die Idee der Aufteilung Europas unter 2 oder 3 Grossmaechte muss abgelehnt werden. Alle Voelker, auch die maechtigsten, muessen einen grossen Teil ihrer Souveranitaet aufgeben. Die Sozialistische Partei ist der Auffassung, dass keine internationale Gemeinschaft ohne Zusammenarbeit mit der Sowjet-Union auf der Basis der Gleichheit, Treue und des gegenseitigen Vertrauens moeglich ist.

Holland zeigt den dritten Weg (ITF) "Vrij Nederland" entnimmt der hollaendischen illegalen Presse einen Artikel, in dem es heisst: "Die Alternative 'Unterwerfung Deutschlands oder seine sofortige Gleichberechtigung' ist unfruchtbar. Kein Volk kann ewig niedergehalten werden, nicht einmal Kolonialvoelker; aber andererseits werden die europaeischen Voelker, die mehrfach unter deutschen Ueberfaellen zu leiden hatten, die Polen, Tschechen, Franzosen, keine sofortige Gleichberechtigung Deutschlands hinnehmen koennen. Ein dritter Weg muss gefunden werden und er existiert.

Im Prinzip muessen wir auf die gleichberechtigte Aufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der europaeischen Voelkerhinarbeiten. Aber es wird eine Uebergangszeit geben, waehrend der in Deutschland ernste Veraenderungen durchgefuehrt werden muessen. Dieses Uebergangsstadium darf man nicht nur zeitlich auffassen; es muss eine Periode von Taten sein und von der Bereitschaft der Deutschen, mit ihrer nationalistischen und militaristischen Vergangenheit zu brechen, haengt ab, wann ihnen Gleichberechtigung zugestanden werden kann...

Es ist eine gefaehrliche Illusion anzunehmen, dass nach der Beseitigung des Nazismus in Deutschland ein demokratischer Staat zurueckbleibt. Im Gegenteil: es bleibt eine durch und durch vergiftete Jugend, ein voellig vergifteter Staatsapparat, eine reaktionaere, unterwuerfige Richterschaft und ganz allgemein eine demoralisierte und aus ihren Fugen geratene Gesellschaft. Eine Niederlage wird den Nazismus vernichten, aber nicht die nationalistische und militaristische Gedankenwelt, die schon im Deutschland Wilhelms II. und vorher in Preussen bluhete. - Diese kultur- und freiheitsfeindliche Gedankenwelt muss bekaempft werden, denn von selbst verschwindet sie nicht. Man muss dazu das Erziehungssystem, den Unterricht und die Volksaufklaerung vollkommen umstellen und der ganze Staatsapparat muss gruendlich gereinigt werden. Die Demokraten haben das in der Weimarer Republik wohl auch versucht, aber stiessen auf zu grossen Widerstand der Reaktion. Es ist die Aufgabe der Alliierten, dafuer zu sorgen, dass diesmal die schwachen demokratischen Kraefte Gelegenheit haben, diese Reformen durchzufuehren. Das geht nicht in ein paar Jahren und darum darf unsere Aufmerksamkeit nicht nach einiger Zeit nachlassen!

Reinigung des Staatsapparats und Reform von Unterricht und Volksaufklaerung genuegt nicht. Den reaktionaeren Kraeften muss ihre gesellschaftliche und finanzielle Grundlage entzogen werden und eine neue Gesellschaftsordnung, eine soziale Demokratie muss eingefuehrt werden. Zunaechst muss der ostelbische Grundbesitz entschaedigungslos enteignet werden... Neben den Junkern waren die Grossindustriellen, vor allem der Eisen- und Stahlindustrie, die Stuetzen und Geldgeber des Nazismus und vorher des preussischen Militarismus. Auch ihrer Machtstellung muss ein Ende gemacht werden.

Man muss jedoch weitergehen. Man darf sich nicht mit dem Entthronen der reaktionaeren Kraefte begnuegen. Es ist die Tragoedie der Weimarer Republik gewesen, dass fuer die Massen des deutschen Volkes Demokratie identisch war mit Inflation, Kriegsschulden, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit; ein Schrecken ohne Ende. Wirtschaftlich war die Republik im Vergleich zum Kaiserreich ein Rueckgang... Darum ware auch jede Politik des wirtschaftlichen Niederhaltens Deutschlands und erst recht seine Aufteilung falsch. Die Einordnung Deutschlands in eine europaeische Planwirtschaft ist unbedingt noetig. Auch fuer Deutschland gilt, dass das Wirtschaftssystem vollstaendig veraendert werden muss. Die Produktion muss, statt dem Unternehmer oder dem Unternehmen zu dienen, nach den Interessen des Verbrauchers, auf die Wohlfahrt der Massen der Bevoelkerung ausgerichtet werden.

Wir erleben jetzt, wie nicht mit Unrecht bemerkt wurde, eine Krise der Staatssouveranitaet. Das Kernproblem des kommenden Friedens wird unseres Erachtens sein, wie koennen wir, unter Aufrechterhaltung der kulturellen Autonomie, zur Bildung groesserer politischer und wirtschaftlicher Gebiete kommen. Das 1918 anerkannte Selbstbestimmungsrecht der kleinen Voelker hat, so berechtigt es in kultureller Beziehung war, politisch und wirtschaftlich nichts als Elend gebracht. Ein guter Friede ist jetzt undenkbar, ohne dass ein Teil der politischen und wirtschaftlichen Souveranitaet des Staates an ein hoeheres europaeisches Organ uebertragen wird; wir lassen offen, ob man einen Europaeischen Rat, eine Foederation, die Vereinigten Staaten Europas oder irgend eine andere Einheit schaffen will. Es geht darum, dass der Ausgangspunkt unseres Denkens nicht mehr ein nationaler Staat sondern die europaeische Gemeinschaft sein muss... - In diesem Zusammenhang gesehen, wird das Problem der Gleichberechtigung nicht eine Frage der Zurueckgabe souveraener Rechte an den Besiegten, sondern eine Frage des Zustehens eines bestimmten Einflusses im Europaeischen Rat oder der Europaeischen Foederation. Das hat nicht allein praktische sondern auch viele psychologische Vorteile: die Freiheit der Bewaffnung, die Freiheit, Zollgrenzen zu errichten oder abzutragen etc. besteht dann fuer Deutschland genau so viel und genau so wenig wie fuer jeden anderen europaeischen Staat, sodass keine Gelegenheit fuer politische Minderwertigkeitskomplexe - selbst bei den Deutschen - bleibt".